

# Donnersberg Gonbach Vor vollendete Tatsachen gestellt

## Gonbach: BI-Gonbach kämpft weiter um Bocksrück – Zusammenschluss angedacht

Die Auswahl der Windenergiestandorte liegt bei den Kommunen. Das sei laut der Bürgerinitiative-Gonbach – sie will die Errichtung von Windrädern auf dem Bocksrück verhindern – und FDP-Landesvorsitzendem Volker Wissing eines der Hauptprobleme der Energiewende. Auch werde man immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Energiewende wollen sie nicht im Weg stehen, betont Ralf Grusa, einer der Vorstandssprecher der BI-Gonbach. Doch der Bocksrück sei keineswegs ein geeigneter Standort für Windkraftanlagen – drei Windräder sollen dort auf der den Gemarkungen von Sippersfeld und Börstadt aufgestellt werden. Nicht nur, dass hier nicht unerhebliche Eingriffe in die Natur vorgenommen werden müssten, auch die nötige Windhöflichkeit fehle und auf die Natur werde keine Rücksicht genommen. In einem Gutachten sei der Bocksrück sogar als einer der ungeeignetsten Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen worden, betont Ralf Grusa. „Wenn das Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht wäre, würde niemand auf die Idee kommen, auf dem Bocksrück Windräder aufzustellen“, sagt Grusa. Denn erst dadurch hätten sich für kleine Personengruppen große Gewinnmöglichkeiten ergeben. Zahlen würde dafür letztendlich die Allgemeinheit.

Besonders erbost waren die BI-Mitglieder darüber, dass sie immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Ein Beispiel dafür: Im Wald auf dem Bocksrück wurden Bäume gefällt – aus forstwirtschaftlichen Gründen, heißt es von offizieller Seite.

Grusa will das nicht so recht glauben. Denn ausgerechnet dort, wo Platz für die geplanten Windkraftanlagen und Zufahrtswege benötigt werde, seien Bäume gefällt worden, die mehr als 100 Jahre alt seien. Und die hätten, nur um Windräder aufstellen zu können, nicht gefällt werden dürfen. Die Begründung „aus forstwirtschaftlichen Gründen“ hält er daher für eine dreiste Ausrede. Er geht davon aus, dass der eigentliche Zweck der Baumfällungen die Windkraftanlagen waren. Man habe Platz und vollendete Tatsachen schaffen wollen, ärgert sich Grusa.

Unterstützung gibt es auch auf Landesebene. „Die Energiewende ist keine kommunale Aufgabe“, sagt FDP-Landesvorsitzender Volker Wissing, der sich vor Ort ein Bild von der Situation auf dem Bocksrück gemacht hat. Der Ausbau müsse geregelt erfolgen. Auf kommunaler Ebene sei das nicht möglich. Zu verlockend seien die Gewinne, die den Gemeinden in Aussicht gestellt würden. „Da wird häufig zu viel erwartet“, betont Wissing, dass es oft ein Trugschluss sei, dass die Gemeindekassen durch Windrad-Erträge entlastet werden könnten.

Wissing regte die BI-Gonbach an, sich mit anderen Bürgerinitiativen auszutauschen und zusammen zu arbeiten. Dabei werde die FDP gerne unterstützen, versicherte er. „Wir sind da drauf und dran“, sagt Grusa. Am ersten September treffen sich 20 Bürgerinitiativen – darunter auch Vertreter der BI-Gonbach. Ein Zusammenschluss werde angestrebt. Gemeinsame Aktionen und Erfahrungsaustausch stünden im Mittelpunkt. Man wolle das Problem damit auf einer höheren Ebene bekämpfen. Wenn es bei den Gemeinden kein Weiterkommen für die einzelnen Initiativen gibt, könne man vielleicht etwas durch größere Aktionen auf Landesebene bewegen, hofft Grusa. (bby)

Quelle:

Verlag: DIE RHEINPFALZ

Publikation: Donnersberger Rundschau

Ausgabe: Nr.164

Datum: Donnerstag, den 18. Juli 2013

Seite: Nr.16

"Deep-Link"-Referenznummer: '91\_12562330'